## Landesnichtaufnahmeprogramm Afghanistan?

Anfrage der Abgeordneten Dariush Hassanpour, Sofia Leonidakis, Nelson Janßen und Fraktion DIE LINKE

Wir fragen den Senat:

- 1. Wie viele Anträge wurden im Rahmen des Landesaufnahmeprogramms Afghanistan gestellt und wie viele Personen werden insgesamt von diesen Anträgen umfasst?
- 2. Wie ist der aktuelle Stand der Anträge (bitte differenzieren nach Vorabzustimmungen erteilt, endgültig abgelehnt, nachgeforderte Unterlagen, Verpflichtungserklärungen unzureichend)?
- 3. Wie viele Personen werden nach aktuellem Stand absehbar über das Landesaufnahmeprogramm in Bremen einen sicheren Hafen finden können und wie bewertet der Senat diese Zahl?

## Zu Frage 1:

Beim Migrationsamt Bremen sind 153 Anträge und beim Bürger- und Ordnungsamt Bremerhaven 8 Anträge gestellt worden. Die Anträge umfassen insgesamt 437 Familienangehörige.

## Die Fragen 2 und 3 werden gemeinsam beantwortet:

Es konnte bisher 11 Anträgen für 23 Personen entsprochen werden. Für 14 Personen wurden bereits Vorabzustimmungen ausgestellt. Die Ausstellung der Vorabzustimmungen für 9 weitere Personen befindet sich derzeit in Bearbeitung. Erforderlich ist in diesen Fällen noch die Vorsprache der Verpflichtenden zur Unterschriftsleistung. Die Vorsprachen sind alle kurzfristig terminiert.

Nicht berücksichtigt werden können 71 Anträge für 246 Personen wegen unzureichender finanzieller Möglichkeiten der Antragsteller.

66 Anträge für 155 Personen sind nicht berücksichtigungsfähig, weil keine verwandtschaftlichen Bindungen bestehen, die dem Aufnahmeprogramm entsprechen.

13 Anträge für 13 Personen befinden sich noch in der Prüfung.

Das Landesaufnahmeprogramm Afghanistan entstand unter dem Aspekt, möglichst niedrigschwellige Voraussetzungen in verwandtschaftlicher und finanzieller Hinsicht vorzusehen. Dies konnte durch die Festlegung auf einen großen Kreis von Begünstigten und die Berücksichtigung von bis zu vier Verpflichtenden im Einvernehmen mit dem Bundesinnenministerium umgesetzt werden.

Im Ergebnis bestätigt sich, dass Landesaufnahmeprogramme nur eine punktuelle Wirkung erzielen können.